

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 97 (2003)
Heft: 2

Artikel: NW-Gespräch von Willy Spieler mit Hubert Zurkinden : die Option für die Armen hat viel mit grüner Politik zu tun
Autor: Spieler, Willy / Zurkinden, Hubert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144388>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Option für die Armen hat viel mit grüner Politik zu tun

Hubert Zurkinden ist von Haus aus katholischer Theologe und von Beruf Generalsekretär der Grünen Partei der Schweiz. Inwiefern da zusammenkommt, was zusammen gehört, war die Frage hinter allen Fragen, die wir mit ihm diskutierten. Als befreiungstheologisch geprägter Politiker, der auch dem Religiösen Sozialismus nahe steht, hat unser Gesprächspartner keine Mühe, die Politik seiner Partei mit den Grundwerten der sozialen Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung zusammenzubringen. Hinzu kommt eine gehörige Dosis Kapitalismuskritik, die man so auch gerne wieder von der SPS hören würde. Kern der Auseinandersetzung der Grünen mit der grossen linken Partei in unserem Land aber ist die Wachstumsfrage. Hubert Zurkinden legt dar, warum der Sozialstaat Schweiz durch Umverteilung und nicht durch – angeblich «nachhaltiges» – Wirtschaftswachstum finanziert werden muss. Der Redaktor führte das Gespräch am 16. Januar 2003 auf dem Sekretariat der Grünen Partei der Schweiz in Bern. Red.

Innerhalb der katholischen Kirche etwas bewegen zu wollen, ist unmöglich

Willy Spieler: *Hubert Zurkinden, Du bist seit dem 1. Mai 2000 Generalsekretär der Grünen Partei der Schweiz. Zuvor warst Du Redaktor beim «Aufbruch». Was hat dich bewogen, diesen Seitenwechsel von der Publizistik zur Politik vorzunehmen?*

Hubert Zurkinden: Nach dem «Aufbruch» habe ich noch 2½ Jahre beim Hilfswerk der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) «Brücke / Le Pont» gearbeitet. Ich war zuständig für die Projektarbeit in Nicaragua und El Salvador. Nach sieben Jahren Redaktionstätigkeit wollte ich mich nach etwas Neuem umsehen. Zurück in die Pfarreiarbeit wollte ich nicht, denn innerhalb der katholischen Kirche etwas bewegen zu wollen, ist unmöglich geworden. Es fehlt an neuen Perspektiven, und immer mehr kritische Leute gehen weg. Gesellschaftspolitisch spielt die Kirche auch keine grosse Rolle mehr, und sie wird auch nicht mehr ernst genommen.

WS: *Dein Interesse für Zentralamerika geht aber noch weiter zurück. Woher kommt es?*

HZ: Es begann 1984 in der Pfarrei Birsfelden, in der meine Frau Regula Strobel zusammen mit Guido Schüepp gearbeitet hat. Wir interessierten uns für Zentralamerika und insbesondere für die sandinistische Revolution 1979. Wir bildeten in dieser Pfarrei eine Gruppe, die als *Brigade nach Nicaragua* ging. Diese Gruppe hat auch Aktionen in Birsfelden selbst durchgeführt, z.B. Bananen verkauft oder den Befreiungstheologen George Casalis aus Paris für eine Abendveranstaltung eingeladen. Später haben wir in Freiburg im Zentralamerikakomitee diese Arbeit fortgesetzt. Zum 10-Jahre-Jubiläum der sandinistischen Revolution machten wir hier jeden Monat eine Veranstaltung.

WS: Du bist von Haus aus Theologe, geprägt von der Theologie der Befreiung und mit einer feministischen Theologin verheiratet. Wo liegen die Berührungspunkte zwischen Deinem religiösen Fundament und Deinem Engagement in der Grünen Partei?

HZ: Ich sehe viele Berührungspunkte. Mit der *Theologie der Befreiung* bin ich während meines Studiums in Tübingen in Kontakt gekommen. Dort habe ich auch das Buch «Theologie der Befreiung» von *Gustavo Gutiérrez* gelesen.

WS: Das Buch machte damals den Auftakt zu dieser neuen Theologie im Kontext der lateinamerikanischen Elendsrealität.

HZ: Das zentrale Anliegen dieser Theologie, die *Befreiung der Armen*, ist mir auch biographisch sehr nahe. Ich stamme aus einer Arbeiterfamilie im Freiburgerischen Düdingen und habe schon als Kind von meinem Vater gehört, wie die Patrons der dortigen Aluminiumfabrik sich schöne Villen bauen liessen, während er einen Lohn bekam, der kaum zum Leben reichte. Die Option für die Armen in der Theologie der Befreiung hat sehr viel mit grüner Politik zu tun. Zentral ist für uns die Forderung, dass alle Menschen ein würdiges Leben führen können.

Hinzu kam später der ökumenische Prozess für *Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung*. Diese drei Stichworte könnten der Titel für das grüne Programm sein.

WS: Das könnte auch für ein Programm des Religiösen Sozialismus gelten, und das seit langem, wenn ich daran denke, dass Ragaz der erste ökologische Theologe in Europa und ein wichtiger Vorkämpfer gegen den motorisierten Privatverkehr, insbesondere in seinem Heimatkanton Graubünden, war.

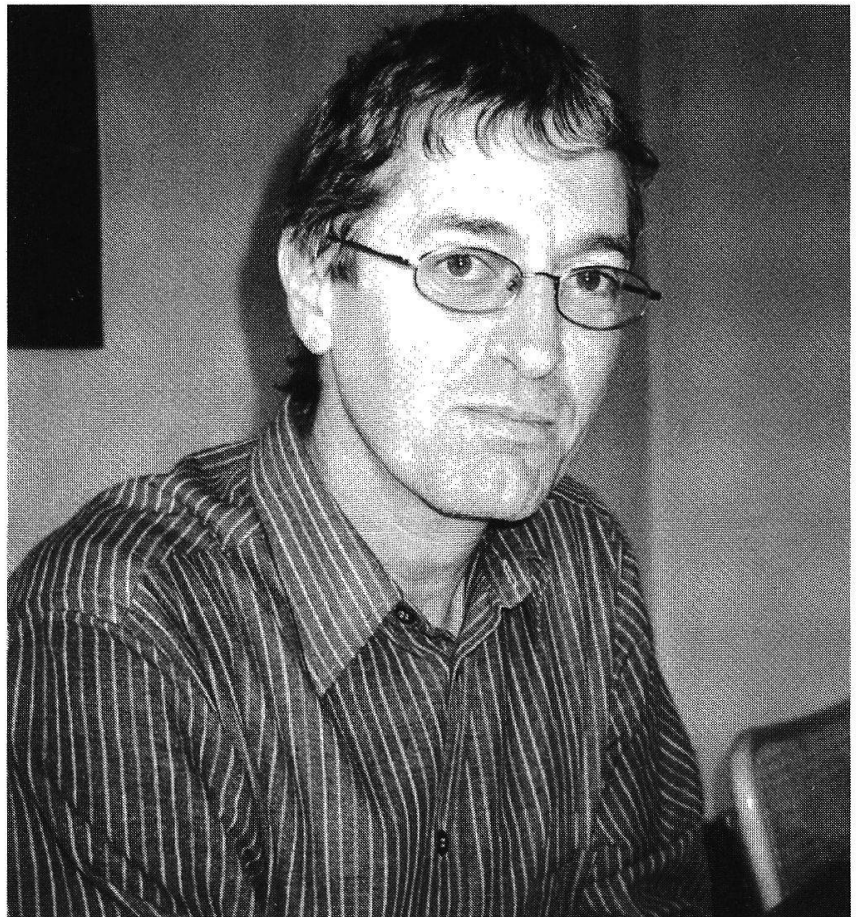
HZ: Absolut einverstanden. Ich bin seit Jahren Leser der *Neuen Wege* und darum auch mit dem religiös-sozialistischen Gedankengut vertraut.

«Grüner Seelsorger» und «streitbarer Theologe»

WS: Die WoZ bezeichnete Dich nach Deiner Wahl als «grünen Seelsorger». Der «streitbare Theologe» gemäss NZZ war Dir vermutlich lieber.

HZ: Durchaus. Als streitbarer Theologe bin ich auch in meinem Freiburgerischen Umfeld bekannt. Als ich in den frühen 80er Jahren in Freiburg als Pastoralassistent arbeitete, machte ich mich mit meinen linken Ideen nicht überall beliebt. Ich habe auch politische Themen in meinen Predigten aufgegriffen und bin entsprechend angeeckt. Als ich in einer Weihnachtspredigt fragte, wie wir den Geburtstag eines Kindes feiern könnten,

«Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung könnten der Titel für das grüne Programm sein» (Hubert Zurkinden beim NW-Gespräch auf dem Sekretariat der Grünen Partei der Schweiz in Bern).



das sich später für Ausgestossene und Randständige einsetzte, wenn wir es gleichzeitig zuliessen, dass Militärverweigerer ins Gefängnis müssten, gab es in der Pfarrei einen grossen Streit.

Wenn die WoZ mich als «grünen Seelsorger» bezeichnete, so zeigt dies die *theologische Ignoranz* innerhalb linker Milieus. Die haben einfach nicht mitbe-

kommen, was für ein kritisches Potential für emanzipatorische Veränderungen in der Theologie der Befreiung und in der Feministischen Theologie steckt. «Seelsorger» bin ich vielleicht insofern, als ich *gute zwischenmenschliche Beziehungen* unter den Parteimitgliedern auch als ein Stück grüner Politik betrachte. Es gibt gerade in linken Kreisen eine Verbissenheit und Humorlosigkeit, als ob die Veränderung der Welt nur Mühsal und Verdruss bereiten könnte. Ich bemühe mich, ein Klima zu schaffen, das es uns ermöglicht, auch lustvoll zusammenzuarbeiten. Wir können als Minderheit unterliegen, ohne dass wir deswegen unsere Lebensqualität verlieren müssen.

WS: *Es gibt diese verkrampfte, fast schon neurotische Vorstellung, dass Zukunft und Schicksal der Welt von uns allein abhängen würden.*

HZ: Demgegenüber gibt es eine gewisse Gelassenheit, wenn wir an das *Reich Gottes* als Verheissung für eine andere Welt glauben und uns dabei bewusst sind, dass wir es nicht selber «machen» können.

Die beiden Standbeine der sozialen Gerechtigkeit und der Ökologie

WS: *Warum hast Du Dich für die Grünen und nicht für eine andere linke Partei entschieden?*

HZ: Das war eher zufällig. Nach 3½ Jahren Birsfelden bin ich nach Freiburg zurückgekehrt. Dort wurde ich von der Gruppe «*Grüne und Solidarität*» angefragt, ob ich für den Generalrat, das Stadtparlament, kandidieren möchte. Die Gruppe war aus dem Zusammenschluss zwischen einer kleinen grünen Partei, trotzkistischen Leuten der Revolutionären Marxistischen Liga und parteilich ungebundenen Personen hervorgegangen. Es hat aber Jahre gedauert, bis wir der *Grünen Partei der Schweiz beigetreten* sind, die uns lange viel zu brav und bürgerlich vorkam. Heute über-

zeugt mich das Programm der Grünen, so wie ich es verstehe. Es ist ein *ganzheitliches Programm*. Es beruht, wie unser Ko-Präsident *Patrice Mugny* sagt, auf den beiden Standbeinen der sozialen Gerechtigkeit und der Ökologie.

WS: *Ich habe die Grünen in meiner vorhergehenden Frage der «Linken» zugeordnet. Ich kenne allerdings grüne Politikerinnen und Politiker, die z.B. in der Finanzpolitik eher mit dem Freisinn zusammengehen.*

HZ: Es gibt auch bei uns Diskussionen und Auseinandersetzungen. So war es vor allem bei der Verabschiedung unseres *Manifests*. Es wurde ihm vorgeworfen, die Wirtschaftskritik sei viel zu radikal, die Grünen müssten «wirtschaftsfreundlicher» auftreten. Solche Konflikte zwischen verschiedenen Strömungen innerhalb der Grünen Partei sind nicht weiter verwunderlich, sondern auch historisch begründet. Es gibt in unserer Geschichte eine Tradition, die aus dem Freisinn kommt, z.B. hier im Kanton Bern. Am Ursprung der Partei waren auch Leute, die vor allem den Umweltschutz gesehen und die sozialen Fragen eher ausgeblendet haben.

WS: *Aber eigentlich muss eine ganzheitliche grüne Politik von selbst zu dieser Kapitalismuskritik kommen, wenn sie den umweltfeindlichen Wachstumszwängen auf den Grund gehen will.*

HZ: Das ist für mich absolut klar.

WS: *Du hast bereits das Manifest der Grünen Partei der Schweiz erwähnt. Es wurde am 24. August 2002 verabschiedet und von den Medien, allen voran von der NZZ, als «Linksruck» beurteilt. Ich nehme an, der Generalsekretär habe daran einen nicht unwesentlichen Anteil gehabt.*

HZ: Selbstverständlich habe ich an diesem Manifest mitgearbeitet. Federführend aber war *Patrice Mugny*, unser Ko-Präsident aus Genf...

WS: ... der auch kein Gesundheitsbeter ist und wie Du aus dem katholischen Milieu kommt. Er war Redaktor beim *Le Courier*, einer ehemals katholischen Tageszeitung, die sich immer mehr ökologisch geöffnet und nach links orientiert hat.

HZ: Das ist eine gute Umschreibung. Das Manifest verwendet eine kämpferische Sprache, wie sie bei den Grünen sonst weniger üblich ist. Es ist die Sprache der *westschweizerischen Militanz*, die in der Deutschschweiz nicht so gut ankommt. Dennoch wurde das Manifest mit grosser Mehrheit verabschiedet.

Abgedroschene «Nachhaltigkeit»

WS: Mir gefällt dieser Sprachstil. Er entspricht fast schon der Sprache eines «streitbaren Theologen». Doch zum Inhalt grüner Politik: Wichtig ist mir die Verbindung der ökologischen Frage mit der sozialen Frage. Du hast es bereits vorweggenommen: Die ökologische Frage lässt sich nur zusammen mit der sozialen Verteilungsfrage lösen. Aber wie?

HZ: In Nicaragua habe ich gesehen, was passiert, wenn Campesinos, die sonst nichts verdienen, für 10 Dollar umgehauene Bäume verkaufen können. Man kann den armen Kleinbauern nicht predigen, sie sollten die Umwelt schützen. Es braucht andere Arbeits- und Lebensbedingungen für die Existenzsicherung dieser Leute.

WS: Und es braucht Wachstum. Vor zwei Jahren habe ich genau diese Frage hier in diesem Raum mit Fernando Gabeira, dem damals einzigen grünen Abgeordneten im brasilianischen Bundestparlament, erörtert (NW 2001, S. 13ff). Er meinte auch, es gebe für die grossen Massen der Bevölkerung seines Landes einen Nachholbedarf an wirtschaftlichem Wachstum. Er sah darin einen Zielkonflikt, der nur lösbar wäre, wenn es uns gelingen würde, den Begriff einer nachhaltigen Entwicklung zu definieren und erst noch umzusetzen.

HZ: Ich halte die ganze Begrifflichkeit rund um die sog. Nachhaltigkeit für wenig ergiebig, ja für abgedroschen und missbräuchlich. *Bundesrat Couchepin* redet von Nachhaltigkeit, das *Seco* (Staatssekretariat für Wirtschaft) verwendet diesen Begriff. Die *SP* und *Peter Bodenmann* wollen den Sozialstaat über nachhaltiges Wachstum finanzieren. Am Ende ist für diese Leute das kapitalistische System das nachhaltigste Projekt, das sie sich vorstellen können. Die Frage muss jedoch gestellt werden, welche Bereiche der Wirtschaft wachsen dürfen und wachsen sollen und welche nicht mehr wachsen dürfen oder gar zurückgestuft werden müssen. Diese Diskussion differenziert führen heisst auch *Alternativen zum kapitalistischen System* entwickeln. Ich denke auch an die Entwicklung von Gesellschaftsmodellen, die ohne Wachstum auskommen.

Ich bin gegenüber dem oft propagierten *Dreieck* von ökonomisch, ökologisch und sozial sehr kritisch eingestellt. Es geht nicht um ein Gleichgewicht dieser drei Faktoren. Wirtschaftliche Tätigkeit muss sich vielmehr von *ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen* bestimmen lassen. Wir dürfen keine wirtschaftliche Tätigkeit zulassen, die auf der Ausplünderung unserer natürlichen Ressourcen beruht und die arbeitenden Menschen ausbeutet, sie dem sog. Arbeitsmarkt opfert.

WS: Wir haben früher auch zwischen qualitativem und quantitativem Wachstum unterschieden. Ich sagte damals: Wenn die Neuen Wege wachsen, ist das qualitativ, wenn der «Blick» wächst, ist das quantitativ. Was natürlich nicht ganz ernst gemeint war. Aber in irgendeiner Form muss Wirtschaft sich immer entwickeln können, folglich auch wachsen, das gehört zu ihrer Dynamik. Die Frage ist, wie Wachstum umweltverträglich gesteuert werden kann. Lässt sich alles über den Preis regulieren, wie die Ökonomin Heidi Schelbert in einem weite-

ren NW-Gespräch (NW 2001, S. 207ff.)
ausgeführt hat?

HZ: Lenkungsabgaben sind sicher ein wichtiges und richtiges Steuerungsinstrument. Wenn die Mobilität auch die Umwelt- und Gesundheitsschäden über den Preis abgelenken muss, dann hat das eine ökologische Wirkung, dann wird z.B. der Benzinpreis so besteuert, dass die Leute nicht mehr beliebig mit ihrem Auto herumfahren. Die Frage ist dann aber, inwieweit wir auf diese Weise auch Leute mit kleinen Einkommen belasten dürfen, die für den Arbeitsweg auf ein Auto angewiesen sind.

Andere Vorschläge betreffen den Ausstieg aus der Atomkraft und die Investition in Alternativenenergien. Dieses selektive Wachstum im Bereich neuer, umweltschonender und energiesparender Technologien wäre ökologisch verträglich und würde erst noch Arbeitsplätze schaffen. Die Grünen sind auch dafür, dass die biologische Landwirtschaft wächst oder dass der öffentliche Verkehr auf Kosten des motorisierten Individualverkehrs wächst.

Für eine Demokratisierung der Wirtschaft

WS: Es gibt nebst der Verteilungsfrage auch die Machtfrage. Im Manifest heisst es, die «politische Ökologie» umfasse «auch die Weiterentwicklung der Demokratie». Ist damit auch die Demokratisierung der Wirtschaft gemeint?

HZ: Das ist für mich klar. Es wird im Manifest auch angetönt, allerdings noch etwas brav. Es ist ein Skandal, dass in diesem Land die Wirtschaft noch immer der Politik die Vorgaben macht und nicht umgekehrt. Was unter welchen Bedingungen produziert werden darf, ist eben nicht nur eine ökonomische Frage. Auch die Frage der Mitbestimmung der Arbeitenden in den Betrieben ist für mich nach wie vor eine wichtige Forderung. Es geht nicht an, dass irgendwelche Manager allein entscheiden, was zu welchen Bedingungen produziert wird und wie vie-

le Leute entlassen werden. Wenn es möglich ist, das politische Leben einigermassen demokratisch zu gestalten, gibt es keinen Grund, warum das nicht auch in der Wirtschaft möglich sein soll.

WS: Aus einer grünen Optik wäre wohl auch zu argumentieren, dass alle für den ökologischen Umbau der Wirtschaft verantwortlich sind und gewiss nicht nur das Management und die Kapitaleseite. Ergo müssten auch alle über das Was und das Wie der Produktion gemeinsam entscheiden können. Es wäre schön, wenn die Grüne Partei dieses Anliegen der Mitbestimmung aufnehmen und noch fundierter begründen würde.

HZ: Ich bin mit Dir einverstanden, dass wir wirtschafts- und gesellschaftspolitisch noch zu wenig präsent sind, auch noch etwas zu wenig Fachwissen zur Verfügung haben.

Es braucht einen Systemwechsel

WS: Und wie steht es mit den Wachstumszwängen der kapitalistischen Marktwirtschaft? Müsste Ökologie, müsste eine grüne Partei nicht für einen radikalen, an die Wurzeln gehenden Systemwechsel eintreten? Das «Manifest» trägt den Titel: «Eine andere Welt ist möglich». Darin heisst es: «Dieses Wirtschaftssystem zerstört das ökologische Gleichgewicht, das die notwendige Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung wäre.»

HZ: Ich bin überzeugt, dass es langfristig einen Systemwechsel braucht. Dem kapitalistischen System ist der Zwang zum Wachstum inhärent. Nullwachstum ist diesem System wesensfremd. Nullwachstum würde Eingriffe in die Investitionstätigkeit voraussetzen, die mit der Verfügungsgewalt des Kapitals über die Produktionsmittel unvereinbar wären. Es muss Alternativen geben, auch wenn wir nicht über fertige Konzepte verfügen. Ich glaube allerdings nicht, dass solche Konzepte am grünen Tisch entwickelt werden können. Es braucht

Basisbewegungen wie in Porto Alegre oder den Widerstand hier in der Schweiz, damit «eine andere Welt möglich» wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass Hunderte von Millionen Menschen Hunger leiden und dass die Natur systematisch zerstört wird.

WS: *Trotzdem, die Alternative beginnt in den Köpfen. Die Systemkritik verliert an Substanz, wenn nicht auch Alternativen sichtbar werden. Sonst begegnet uns die ewig gleiche Kritik: Ihr habt gut reden, zeigt uns doch erst einmal, wie wir es besser machen könnten.*

HZ: Das ist richtig. Wobei Alternativen wie in *Chile* unter Allende oder im sandinistischen *Nicaragua* immer wieder zerstört wurden. Der Kapitalismus zerstört alle Alternativen, weil es für ihn keine geben darf.

WS: *Zu diesen Wachstumszwängen gehört nicht zuletzt der Mobilitätswahn. Ich zitiere aus dem «Manifest»: «So wird beispielsweise spanisches Gemüse von marokkanischen ArbeiterInnen zu Hungerlöhnen und mit extremem Chemieeinsatz produziert, Tausende von Kilometern verschoben, um dann den Konkurs von Schweizer Landwirten zu verursachen.» Da die EU solchem Unsinn noch Vorschub leistet, stellt sich die Frage, warum die Grünen überhaupt in die alles andere als grüne EU wollen.*

HZ: Weil wir als *Insel in der EU* nicht überleben können und weil auch die schweizerische Politik in Fragen der Ökologie, der Ausländerfreundlichkeit oder der sozialen Gerechtigkeit nicht als leuchtendes Beispiel der EU vorangeht. Die Schweiz muss heute alle möglichen EU-Richtlinien nachvollziehen. Daneben kämpft sie um so problematische Privilegien wie das Bankgeheimnis.

WS: *Und wie steht es mit Eurer Zusammenarbeit mit den anderen grünen Parteien Europas?*

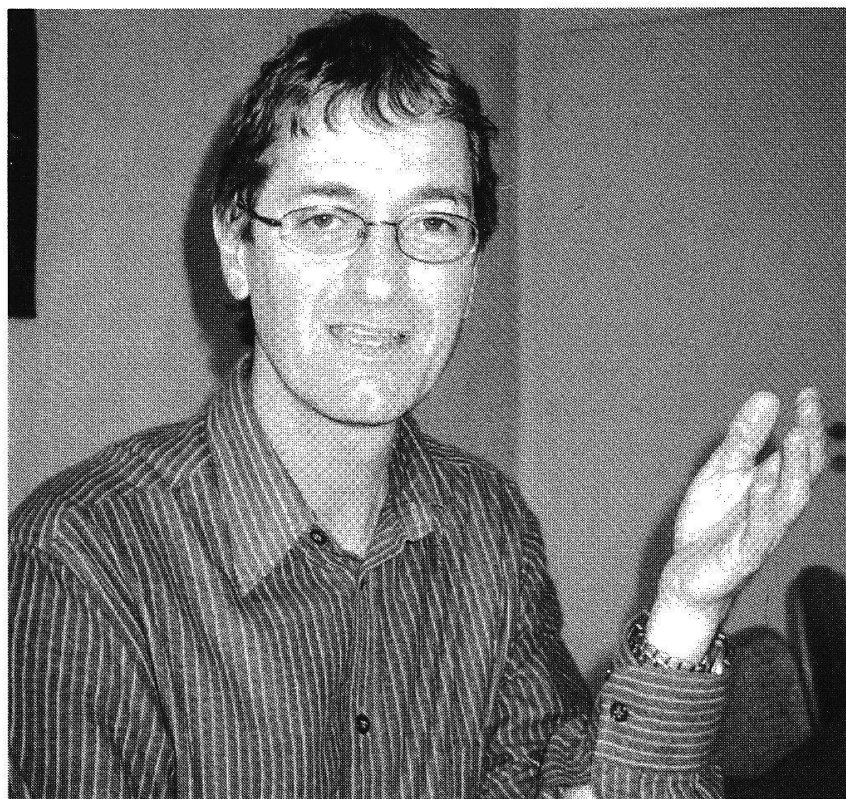
HZ: Diese sind z.B. an unserer Verkehrs-

politik, von der LSVA bis zum Alpenschutzartikel, interessiert. Auch demokratiepolitisch haben wir etwas vorzuweisen. *Direkte Demokratie* ist für alle grünen Parteien eine wichtige Forderung.

Die SP als Wachstumspartei

WS: *Ich möchte noch auf die grüne Kritik an der Rolle der SPS in der Umwelt- und Energiepolitik zu sprechen kommen. In den 80er Jahren hatte diese Partei sehr viele grüne Positionen übernommen. Aber aus heutiger Sicht war sie auch schon ökologischer.*

HZ: Bei der SP Schweiz habe ich den Eindruck, dass die Umweltthematik zwar mitgenommen wird, aber sofort in den



Hintergrund tritt, wenn soziale Fragen wie insbesondere *Arbeitslosigkeit* die politische Agenda bestimmen. Dann investiert man zur Rettung der Arbeitsplätze auch in ein Unternehmen wie die *Swiss*, das ökologisch und ökonomisch völlig unsinnig wirtschaftet.

WS: *Du meinst, wenn der Markt schon einmal nicht verrückt spielt, sondern sich ökologisch vernünftig verhält, müssen wir ihn nicht auch noch korrigieren.*

«Geld ist genug da, wir müssen es nur am richtigen Ort holen» (Bilder: W. Spieler).

HZ: Genau.

WS: *Ich kann zu Deiner Beruhigung sagen, dass ich in der Abstimmung über den 300-Millionen-Kredit für die Swiss im Kanton Zürich nicht der SP-Parole gefolgt bin.*

HZ: (Lacht.) Wenn Du fragen würdest, was mich politisch von Dir unterscheidet, wüsste ich wohl auch nicht so viel zu sagen.

WS: *In den programmatischen Papieren der SP heisst es, nur wirtschaftliches Wachstum könne den Sozialstaat finanzieren. Der von Dir bereits erwähnte Peter Bodenmann hat als Parteipräsident Sätze von sich gegeben wie: «Ob man die AHV künftig finanzieren kann, hängt vom Wirtschaftswachstum ab. Ich bin optimistisch, dass hier der Kapitalismus funktioniert» (FACTS, 21.12.95). Oder: «Die Löhne und Renten müssen wieder steigen, damit die notwendige Nachfrage den Kapitalismus in der Schweiz belebt» (NZZ 21.12.95). Warum hinterfragen die Grünen nicht sehr viel gründlicher diesen linken Wachstumsdiskurs?*

HZ: Jedenfalls besteht keine Notwendigkeit, die Verteilungsfrage in unserem Land über immer noch mehr Wachstum zu lösen. Wenn ich sehe, dass die 300 Reichsten in der Schweiz ein Vermögen von 400 Milliarden Franken besitzen, dann kann mir niemand einreden, dass wir ein Wachstum von 3 Prozent brauchen, um die Sozialwerke bezahlen zu können. Geld ist genug da, wir müssen es nur am richtigen Ort holen. Wenn wir eine Erbschaftssteuer bundesweit einführen, wenn wir die Vermögenssteuer erhöhen, wenn wir die Kapitalgewinnsteuer einführen, dann können wir den Sozialstaat nicht nur sichern, sondern auch ausbauen.

WS: *Der Satz, dass der Sozialstaat nur über Wachstum finanzierbar sei, geht davon aus, dass wir das Kapital in seinem Besitzstand schonen müssen. Das*

ist natürlich die alte Formel für den sozialen Frieden in der Schweiz seit 1937. Neu verwendet die SP heute, wenn sie von Wachstum spricht, das von Dir bereits kritisierte Adjektiv «nachhaltig». Das geht bis zur Euphorie um den «Faktor 4», d.h. um die technologisch denkbare Formel von der Verdoppelung des Wohlstandes bei halbiertem Energieaufwand.

HZ: Da bin ich skeptisch. Ich habe es kürzlich in der WoZ in einer Replik auf Peter Bodenmann gesagt: Wenn die Chinesen und Chinesinnen soviel Auto fahren wie die Menschen in der Schweiz, dann bedeutet das auch mit einem Dreiliter-Auto den ökologischen Kollaps. Faktor 4 im Weltmassstab erlaubt uns kein weiteres Wachstum. Wir leben im Gegenteil auf zu grossem Fuss. Die Grünen sollten noch weit mehr und kreativer darüber nachdenken, was es heisst, dass wir unsere Lebensweise verändern müssten, vor allem in den Bereichen des Konsums und der Mobilität. Aber ohne dass es diesen miesen Beigeschmack von Verzicht und Askese erhält. Lebensqualität ist mit Lebensstandard nicht identisch.

Ökologisch konsequent, sozial engagiert und global solidarisch

WS: *Der Neoliberalismus hat heute zwar Schlagseiten. Aber «ohne Kampf gibt das Alte nicht auf» (Gorbatschow). Wo stehen die Grünen in der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Dreifaltigkeit von Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung?*

HZ: Die Skepsis, ja Ablehnung dieser Dreifaltigkeit hat sich bei uns in der letzten Zeit massiv verstärkt. Es wurde damit soviel Unsinn angerichtet, dass sie einem grünen Programm keinen Platz mehr hat. Die Einsicht wächst, dass wieder stärker reguliert werden muss. Die Ölkatastrophe vor Spanien brachte es an den Tag, was passiert, wenn die Staaten der Wirtschaft keine ökologischen Auflagen machen. Auch bei der Post

müssten wir noch stärker aufzeigen, was es bedeutet, wenn die Verteilzentren von 18 auf 3 heruntergefahren werden. Dabei geht es nicht nur um Arbeitsplatzabbau, wie die SP zu Recht sagt, sondern es ist auch ökologisch unsinnig, wenn die Briefpost vom Tessin nach Luzern gefahren wird, um von dort aus wieder im Tessin verteilt zu werden. Ein grünes Programm will die Arbeitsprozesse möglichst regional und dezentral organisieren.

WS: *Die Grünen reflektieren ihre Politik auch im globalen Kontext. Du fliegst in ein paar Tagen an das Weltsozialforum in Porto Alegre. Du bist der einzige Parteisekretär in der 30-köpfigen Schweizer Delegation. Mit welchen Erwartungen gehst Du dorthin?*

HZ: Ich werde von der Begegnung mit Leuten aus den verschiedensten sozialen Bewegungen profitieren. Da gibt es Menschen, die noch ganz andere Kämpfe auszutragen haben, wo es wirklich um existenzielle Fragen geht. Die Stärke einer kleinen Partei kann nur in der Vernetzung mit anderen Bewegungen liegen.

WS: *2003 ist ein Wahljahr. Welches sind die Ziele und Schwerpunkte Deiner Arbeit?*

HZ: Wir rechnen uns gute Chancen aus, im Nationalrat 2 bis 4 Sitze zuzulegen. Zur Zeit haben wir 9 von 200 Sitzen, mit Hugo Fasel von der CSP sind es 10. Inhaltlich sind wir in unseren Wahlausagen ökologisch konsequent, sozial engagiert und global solidarisch. Im Umweltbereich liegen die Forderungen auf dem Tisch: Ausstieg aus der Atomenergie und Förderung erneuerbarer Energien. Wir lancieren eine Initiative für ein Gentech-Moratorium. Ein weiteres zentrales Thema wird die Mobilität sein, nachdem die Avanti-Initiative durch den Gegenvorschlag des Parlaments noch verschärft wurde. Damit käme eine zweite Gotthardröhre, und verschiedene

Autobahnabschnitte würden auf sechs Spuren ausgebaut. Im *sozialen Bereich* diskutieren wir die Lancierung einer Initiative für eine Einheitskrankenkasse. Und wir wollen uns auch gegenüber dieser katastrophalen Migrationspolitik der bürgerlichen Parteien im Schlepptau der SVP vernehmen lassen. *Global* sind wir auf der Seite der globalisierungskritischen Bewegungen. Und schliesslich engagieren wir uns in der *Friedenspolitik*, vor allem angesichts des Konflikts zwischen Israel und Palästina und des möglicherweise bevorstehenden Irakkrieges.

Wir möchten vor allem zeigen, dass ökologisches, soziales und globalisierungskritisches Engagement zusammengehören. ●

Wir Menschen sind dabei, unsere Erde kaputt zu machen, und es ist keine Umkehr sichtbar. Ich könnte mir vorstellen, dass bis in 300 Jahren der Mensch sich aus der Gemeinschaft der zivilisierten Wesen dieser Erde verabschiedet hat und die Natur ein paar Millionen Jahre Zeit hat, sich vom Menschen zu erholen. Bis dann irgendwann in ferner Zukunft wieder ein paar Hominiden von den Bäumen herunterkommen und Menschen spielen.

Jürg Zink, in: Publik-Forum, Nr. 23/2002, S. 52.
